



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Albrecht Koschorke

Identität, Vulnerabilität & Ressentiment

Positionskämpfe in den Mittelschichten

FGZ Working Paper
Nr. 1, Dezember 2021

Identität, Vulnerabilität und Ressentiment. Positionskämpfe in den Mittelschichten

Albrecht Koschorke, Teilinstitut Konstanz

1

Wer von kulturwissenschaftlicher Warte aus die aktuellen gesellschaftlichen Kontroversen verfolgt, kann sich immerhin von einer Sorge befreit fühlen: dass Theorien in diesem Feld keine Wirkung auf den Rest der Welt hätten. Es ist kaum dreißig Jahre her, dass das Vokabular, in dem heute die großen Meinungskämpfe ausgetragen werden, das sonst weitgehend unverstandene Idiom einer Avantgarde der noch jungen *cultural studies* war. Der Konstruktivismus, der sich in unterschiedlichen Spielarten auszubreiten begann, galt damals als Neuheit und Provokation. Ausgehend von Paris, dem Epizentrum der theoretischen Umwälzungen der 1960er und 1970er Jahre, fasste er in den US-amerikanischen Humanities Departments Fuß und trat von dort aus seinen weltweiten akademischen Siegeszug an. Mit seiner Demontage der vorgeblichen Naturhaftigkeit von Kategorien wie Geschlecht, Ethnie, Nation oder Rasse kam er sowohl postkolonialen Bestrebungen als auch Tendenzen im Feminismus entgegen, die nicht mehr bloß auf Ausgleich innerhalb der bestehenden patriarchalen Ordnung, sondern auf deren Überwindung abzielten. Sie alle vereinte ein antihegemonialer Impuls, der politisch eine linke, zum Teil noch marxistische Stoßrichtung hatte und mit weitreichenden gesellschaftskritischen Ambitionen verknüpft war, sich aber zunächst in der Art eines intellektuellen Arkanwissens artikulierte. Davon legen nicht nur die hohen Verständnishürden der seinerzeit maßgeblichen Texte, sondern auch gewisse lexikalische Erkennungszeichen unter den Insidern der betreffenden Zirkel (*différance* mit *a* statt mit *e*, „Spiel der Signifikanten“, „Logo-, Phono-, Phallogozentrismus“ etc.) Zeugnis ab.

Inzwischen ist die einstige Provokation weit über den akademischen Bereich hinaus zum Mainstream geworden. Die Dekonstruktion der Geschlechterbinarität, die Bejahung ethnischer Vielfalt, die Bevorzugung von Hybridität gegenüber Reinheit und kategorialer Passfähigkeit, der Respekt vor dem irreduzibel Singulären, das nun nicht mehr bloß als eine zu normalisierende Abweichung gilt – das sind mittlerweile Elemente einer breiten, wenngleich polemisch umkämpften Verständigung, die von den Universitäten und sozialen Bewegungen bis in die Unternehmenskultur hineinreicht und sich längst auch im institutionellen Regelwerk westlicher Gesellschaften Geltung verschafft.

Allerdings haben sich auf ihrem Marsch durch die Institutionen die theoretischen wie die politischen Einsätze gewandelt. Der Aufkündigung von absoluten Wahrheiten und fixen Identitäten, die noch ein postmodernes Gepräge trug, ist unterwegs das Spielerisch-Subversive abhanden gekommen. Zwar bewahren Schlagworte wie *diversity* oder *gender fluidity* manches von der Lust an der Nichtfestgelegtheit auf, die dem konstruktivistischen Theorieprogramm eine breite Resonanz sicherte. Aber während es den Vertreter_innen dieses Theorieprogramms darum ging, die herrschende Ordnung der Zeichen und Namen durch den Nachweis ihres kontingenten Zustandekommens zu erschüttern, hat sich inzwischen der dekonstruktive Impuls weitgehend verloren. Er ist der Vorstellung einer Palette von Identitätsoptionen gewichen, die in verkleinertem Maßstab reproduzieren, was im Großen aufgesprengt werden sollte. So ist das in seiner Wahlfreiheit souveräne Subjekt, das die Pariser Denker_innen philosophisch verabschiedet hatten, als Prosument_in auf dem Markt der Diversitäten neu auferstanden; aus der Parodie als einer Praxis der Subversion von fixierten Geschlechterrollen, wie sie im Zentrum von Judith Butlers einflussreichem *Gender Trouble* von 1990 stand, ist im Zeichen von LGBTQ+ ein immer stärker ausdifferenzierter Katalog von positiven, selbstbewusst behaupteten sexuellen Markierungen hervorgegangen; und während in den 1960er/1970er Jahren der „Tod des Autors“ als Instanz von Textherrschaft proklamiert wurde, führt man heute die erbittertsten Debatten darüber, wer mit welcher Berechtigung für oder über wen sprechen und schreiben, wer wen übersetzen, wer sich in welche Bevölkerungsgruppe hineinimaginieren oder gar die Wortführerschaft für sie beanspruchen darf. Die Frage „Wer spricht?“, die Roland Barthes und Michel Foucault für obsolet erklärt hatten, ist – sogar unter Absehung vom Inhalt der getätigten Aussage – zum entscheidenden Zulassungskriterium des öffentlichen Diskurses geworden.

In einer dialektischen Volte hat das Vokabular von Differenz und Alterität eine Vielzahl neuer, partikularer Identitäten aus sich hervorgetrieben. Den Vorgaben konstruktivistischer Theorien entsprechen sie insofern, als sie den Charakter von etwas Selbstgewähltem, Performativem, eben Konstruiertem bewahren. Indessen neigen sie ihrerseits dazu, sich zu behaupteten Wesenheiten zu verfestigen und um sich herum Barrieren zu errichten, die argwöhnisch verteidigt werden. Diese Wende zur Ausprägung von immer entschiedeneren, oft kämpferischen Gruppenidentitäten – gekoppelt an eine relativistische Erkenntnislehre, die Wahrheit nicht mehr als Angemessenheit an die Sache, sondern als Effekt von Definitionsmacht auffasst – wirkt dem Inhalt wie der Form nach tief in laufende gesellschaftliche Auseinandersetzungen hinein. Wo Identifikation das leitende Prinzip der Vergemeinschaftung bildet, wo das Empowerment mit einem Rückzug in die Eigenwelt der jeweiligen Referenzgruppe einhergeht, parzelliert sich der soziale Raum. Am Ende steht Selbstermächtigung gegen Selbstermächtigung, ohne dass die beteiligten Parteien noch über einen allgemein akzeptierten Ausgleichsmechanismus verfügten. Die Befürchtung, dass Identitätspolitik auf eine entfesselte Konkurrenz zwischen Gruppenegoismen hinausläuft, hat ihr bekanntlich sogar den Vorwurf eingetragen, (linke) Komplizin des (rechten) Neoliberalismus zu sein.

Auf diese Weise ist eine Denkrichtung mit unzweifelhaft emanzipatorischem Anspruch gerade durch ihren Erfolg in ungewisses politisches Fahrwasser geraten. Dabei verbindet sich ein strategisches mit einem ideologischen Problem. Wie politische Denker von Eric Hobsbawm (1996)¹ bis Mark Lilla (2017)² vielfach herausgestellt haben, besteht die strategische Schwäche linker Minderheitenkulturen darin, dass Allianzen von partikularen, in ihrer Zusammensetzung flottierenden Gruppen kaum je die Integrationskraft größerer Verbände, etwa im Stil der alten Volksparteien, erreichen – zumal wenn Appelle an übergeordnete, allgemeinverbindliche Werte unter Hegemonie-Verdacht stehen und ein Gefühl der Fremdbestimmtheit auslösen. Noch mehr fällt ins Gewicht, dass sich eine identitätspolitisch motivierte Rhetorik ideologisch leicht kapern lässt. Der Ruf nach Anerkennung; die Klage darüber, mit seinen ureigensten Belangen im herrschenden Meinungsspektrum nicht angemessen vertreten zu sein; der Hang zur Selbstviktimsierung; die Verteidigung bestimmter, stark affektiv besetzter Identitätsmarker – all dies kann auch in den Dienst reaktionärer Kräfte gestellt werden, sofern es ihnen gelingt, sich als Sachwalter bedrängter Bevölkerungsgruppen zu inszenieren.³

Die Dekonstruktion etablierter Klassifikationen und Herrschaftsverhältnisse, die anfangs so etwas wie ein Arkanwissen kleiner akademischer Zirkel bildete und sich dann mit wachsender Breitenwirkung in den Dienst eines *empowerments* benachteiligter Minderheiten stellen ließ, ist zur Matrix eines verallgemeinerten Kampfes um Gruppenrechte geworden, der von konservativen Verfechtern einer „Mitte“ der Gesell-

¹ Eric Hobsbawm, *Identity Politics and the Left*. Vortrag am Institute of Education, London, 2. Mai 1996 (http://banmarchive.org.uk/articles/1996_annual_lecture.htm, Aufruf am 30.8.2021). Hobsbawm leitet seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, er spreche über ein „surprisingly new subject. We have become so used to terms like ‘collective identity’, ‘identity groups’, ‘identity politics’, or, for that matter ‘ethnicity’, that it is hard to remember how recently they have surfaced as part of the current vocabulary, or jargon, of political discourse.“ Erst seit den 1960er Jahren sei dieses Vokabular in Gebrauch gekommen.

² Mark Lilla, *The Once and Future Liberal*. New York 2017.

³ Prägnant dazu Philip Manow, Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 69. Jg., 9-11/2019, S. 33-40, online <https://www.bpb.de/apuz/286510/politischer-populismus-als-ausdruck-von-identitaetspolitik-ueber-einen-oekonomischen-ursachenkomplex?p=1>: „Die neue linke Identitätspolitik zeigt sich [...] völlig hilflos gegenüber ihrer rechten Aneignung, die dann einfach das als Identität einer angeblich zunehmend ‚verfolgten Mehrheit‘ ausgibt, was die üblichen Opfergruppendefinitionen übrig gelassen haben. Diese offene Flanke linker Identitätspolitik hatte die Rechte schnell erkannt: Wie will man einer Mehrheitsgesellschaft die offensive Formulierung eines positiven Eigenbildes als rassistisch oder nationalistisch verwehren, die man jeder Minderheit als progressiven Akt zugesteht? Was hat es mit der Widersprüchlichkeit eines Diversitätskonzepts auf sich, das den Herkunftsstolz der jeweiligen Einwanderer-Communities positiv unter Buntheit verbucht, den des Ziellandes jedoch als reaktionär und nationalchauvinistisch verdammt? Und was ist mit den anderen identitätspolitischen Aporien: ‚Man definiert sich über sein Anderssein, will aber zugleich nicht über dieses Anderssein definiert werden‘ (Bernd Stegemann)?“ (hier S. 37).

schaft – nicht ganz zu Unrecht – als Rückabwicklung moderner demokratischer Institutionen zugunsten einer neuständischen Ordnung beschrieben wird.⁴ Andere Zeitbeobachter sprechen von Tribalisierung beziehungsweise *tribal epistemology*.⁵ Das Stichwort *identity politics* kann hier nicht fehlen, und damit ist zugleich der gesamte Komplex einer Moralisierung des Politischen aufgerufen, in der sich über alle weltanschaulichen Gegensätze hinweg linke und rechte Positionen aneinander anähneln. So führt die Polarisierung des Meinungsfeldes hier sozusagen hinterrücks Konvergenzen herbei, nicht bloß in Hinsicht auf die rhetorischen Formate, in denen Ansprüche artikuliert werden, sondern auch auf das Misstrauen gegen autorisierte Mittlerinstanzen und demokratisch-repräsentative Verfahren der Konfliktschlichtung, das beide Seiten miteinander teilen.

2

Aus diesem Blickwinkel erscheint der Umbruch in der Welt der Theorien, der sich unter den Vorzeichen von Poststrukturalismus und Konstruktivismus seit den 1960er Jahren vollzog, als Teil einer großräumigen sozialen Transformation, die aus der industriegesellschaftlich verfassten „organisierten Moderne“⁶ des 20. Jahrhunderts mitsamt den ihr eigenen Praktiken zur Gewährleistung von gesellschaftlichem Zusammenhalt hinausführt. Wenn tonangebende Intellektuelle Sprachkritik als Herrschaftskritik betrieben, wenn sie das Ende der großen Erzählungen und überwölbenden Sinnstiftungen verkündeten, wenn sie die strukturelle Gewalt analysierten, die durch politische Repräsentation auf das unveräußerliche Anderssein jedes Menschen ausgeübt wird, dann ist das keine rein akademische Übung geblieben. Im Gegenteil, die Kritik hat sich als realitätsmächtig erwiesen, obgleich nicht unbedingt im Sinn der Kritiker. Sie hat der Selbstartikulation von Minderheiten oder bis dahin randständigen Gruppen neue Ausdrucksmittel verschafft, aktivistem Engagement Auftrieb gegeben und eine breite Bewegung der *social justice* in Gang gesetzt. Andererseits hat sie jedoch dazu beigetragen, herkömmlichen Verfahren des Interessenausgleichs den Kredit zu entziehen, Ressentiments zu befeuern, selbst kleinere Differenzen als eine Frage verletzter Integrität und dadurch tendenziell als ein Konflikt ums Ganze erscheinen zu lassen.

⁴ Vgl. Andreas Rödder, Die neue Systemfrage. Der Kampf gegen Diskriminierung beherrscht die Debatten – im Kern aber geht es dabei um etwas anderes: unsere Gesellschaftsordnung zu überwinden. In: *Der Spiegel* Nr. 52, 19.12.2020, S. 136f.

⁵ David Roberts, Donald Trump and the rise of tribal epistemology. Journalism cannot be neutral toward a threat to the conditions that make it possible. In: *Vox* vom 19. Mai 2017 (<https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/3/22/14762030/donald-trump-tribal-epistemology>): In einer Welt der *tribal epistemology* ist nach Roberts' Prägung des Begriffs Information „evaluated based not on conformity to common standards of evidence or correspondence to a common understanding of the world, but on whether it supports the tribe's values and goals and is vouchsafed by tribal leaders“.

⁶ Zu diesem Konzept: Peter Wagner, *Soziologie der Moderne*, Frankfurt/M. 1995, Kap. 8; Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, 2. Aufl., Berlin 2017, passim.

Eine Konsequenz davon ist, dass soziale Spannungslagen verstärkt eine kulturelle Codierung erfahren. Sie stellen sich nun als Kämpfe um Anerkennung in einer allerdings zusehends zersplitterten Öffentlichkeit dar und werden auf dem Feld symbolischer Grenzziehungen beziehungsweise -verletzungen ausgetragen. Als Spätfolge der großen mentalitätsgeschichtlichen Zäsur des 20. Jahrhunderts, nämlich der 1960er/1970er Jahre (und nicht etwa 1945), ist die Ära eines neuerlichen Kulturkampfes angebrochen, der mit hohem affektivem und ideologischem Einsatz geführt wird. So unübersichtlich seine diversen Frontverläufe erscheinen, sie stehen doch miteinander in enger Verbindung. Vor dem Hintergrund von Digitaler Revolution, Globalisierung und gesteigerter weltweiter Mobilität werden Fragen der Teilhabe und der politischen Repräsentanz neu gestellt. Dabei wirken entgegengesetzte politische Tendenzen zusammen, was zu dem verwirrenden Sachverhalt führt, dass sich die antihegemonialen Rhetoriken von rechts und links aneinander angleichen, allerdings mit einer Hauptdrift nach rechts: Argumentationsmuster, die man eigentlich der poststrukturalistisch-postkolonialen Aufkündigung festgefahrener Machtstrukturen zurechnen würde, lassen sich verstärkt im Repertoire neo-autoritärer Bewegungen finden, die sich überhaupt gern als „Kulturrevolution von rechts“ inszenieren.⁷

Versucht man, die in der Gegenwart besonders aktiven ‚Unruheherde‘ mit kühlem Blick sozialempirisch zu verorten, so scheint es sich – als eine zu überprüfende These – in beiden politischen Richtungen hauptsächlich um Mittelschichtenmilieus zu handeln, die allerdings eine Rhetorik der Subalternität in Anspruch nehmen. Im neurechten Spektrum liegt das Gravitationszentrum bei der sogenannten alten Mittelklasse (Andreas Reckwitz⁸), die ihr soziokulturelles Kapital schwinden sieht: Weiße in den USA, im Lebenszuschnitt konservative, nicht am Aufschwung der Kultur- und Wissensökonomie mitsamt ihrem Lebensstil partizipierende mittelständische Gruppierungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Auf die Einbuße von Mehrheits- und Statusvorteilen mitsamt den Orientierungsverlusten, die sich für sie daraus ergeben, reagieren sie ressentimental, und es bestimmt ihre Variante des Kulturkampfes, dass er im Namen einer gefühlten Mehrheit der einfachen Leute oder (im AfD-Sprech) der „Normalen“ geführt und auf Ausgrenzung gegenüber sozial Schwächeren hin angelegt ist.

Linke Protestkulturen agieren demgegenüber im Zeichen einer erweiterten Inklusion; sie arbeiten darauf hin, bisher Nichtberechtigte oder Ausgegrenzte stärker einzubeziehen. Soziographisch rekrutieren sich die tonangebenden Wortführer_innen der linken Szene – im Unterschied zu den ‚gefühlten Statusverlierern‘ von rechts – vorwiegend aus selbstbewusster werdenden Gruppen innerhalb oder am Rand der gebildeten Mittelschichten (etwa in der MeToo-, LGBTQ+ oder #IchbinHannah-Bewegung), häufig aus As-

⁷ So schon im Titel des Buches von Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite. Theorie I*. Dresden 2017. Vgl. Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017.

⁸ Andreas Reckwitz, *Gesellschaft der Singularitäten*, a.a.O., 366ff.

piranten auf Positionen in der Kulturwirtschaft und Wissensindustrie, also in Berufswelten, die mit hohem kulturellem Kapital ausgestattet, aber oft prekariert sind. Kennzeichnend ist hier eine erhöhte Sensibilität im Hinblick auf Diskriminierungen und rassistische Fremdzeichnungen, vielfach auf Seiten von Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten oder dritten Generation, die nach allen gängigen Parametern längst akkulturiert sind.⁹

Inhaltlich und dem politischen Stil nach bleibt der Abstand zwischen links und rechts eklatant. Es handelt sich also keineswegs um eine symmetrische Polarisierung. Dass beide Seiten sich auch soziokulturell ganz ungleich positionieren, wird nicht zuletzt an ihrem gegensätzlichen Verhältnis zu bestehenden Institutionen und zum akademischen Diskurs augenfällig. Während Rechte die etablierten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen eher als Feindesland betrachten, finden die linken Kämpfe um *social justice* zumeist innerhalb der Institutionen und mit den Mitteln dieser Institutionen statt. Radikale Institutionen- bis hin zur Systemkritik ist politisch nach rechts gerückt, während linken Forderungen ein Zug ins Etablierte eignet, der sich im Ruf nach Verboten, Regulierungen, Quoten oder Umverteilung von Subventionen manifestiert. Zwischen linken Forderungen und vorherrschendem intellektuellem Diskurs bestehen kurze Distanzen, wohingegen rechte Identitätspolitik dem akademischen Milieu im Großen und Ganzen ablehnend gegenübersteht. Stark vereinfacht bilden sinkende „soziale Flugbahnen“¹⁰ den Erregungshintergrund der neurechten Protestkultur; demgegenüber sind linke Milieus durch eine eher selbstbewusst-offensive Einforderung von Anerkennung und Teilhabe gekennzeichnet und appellieren an die akademische Öffentlichkeit. In diesem politischen Spektrum ist Identitätspolitik also Instrument eines erwarteten soziokulturellen Aufstiegs beziehungsweise des Abbaus von Benachteiligungen, die seit langem bestehen, aber nun den Charakter von Skandalen erhalten.

Bei all dem hat sich, wie schon angedeutet, die Grammatik der kulturellen Auseinandersetzung verändert. Zum einen ist auffällig, wie stark diese Auseinandersetzung unter negativen Vorzeichen steht – sei es durch Knappheit von anerkannten Partizipationsrechten, sei es durch Vulnerabilität der eigenen Person und der je eigenen Kultur bis hin zu erfahrener beziehungsweise behaupteter Traumatisierung.¹¹ Kurz gesagt, ist

⁹ Özkan Ezli beobachtet Entsprechendes in aktuellen publizistischen und ästhetischen Arbeiten der zweiten und dritten Generation türkischer Immigranten in Deutschland: „Es ist heute [...] überraschenderweise die Generation mit Sprachkompetenz und beruflichem Erfolg, die ihre Identität nicht aus Positivitäten, sondern aus Negativem und Diskriminierungswahrnehmungen bezieht.“ (Özkan Ezli, *Von der kulturellen zur negativen Identität. Ressentimentale Dynamiken in der aktuellen Migrationsliteratur*. Typoskript, noch unpubliziert, S. 13). Siehe hierzu auch: ders., Eine neue Kultur der Betroffenheit. In: Özkan Ezli, *Narrative der Migration. Eine andere deutsche Kulturgeschichte*, De Gruyter 2021, S. 688-698.

¹⁰ Diese Metapher übernimmt Cornelia Koppetsch in ihren Populismus-Studien von Pierre Bourdieu: Cornelia Koppetsch, *Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung*. In: *Leviathan* 45, Sonderband 32/2017, S. 208-232, dort S. 214ff.

¹¹ Auch der Trauma-Begriff kam durch Theorien der 1970er/1980er Jahre in breiten Gebrauch, wie der Verlauf der betreffenden Kurve des Google Ngram Viewers eindrucksvoll illustriert. Er verdankte diese Verbreitung einer doppelten Funktion: einerseits therapeutisch bzw. sozialpsychologisch, andererseits epistemologisch, insofern er in poststrukturalistischen Theoriekontexten die Last tragen musste, überhaupt noch einen Zugang zu erfahrbarer Wirklichkeit herzustellen: „Als überwältigender Einbruch, auf den die Psyche

diejenige Sprecherposition rhetorisch stark, die sich aus einer glaubhaft gemachten Opferperspektive ableitet. Man hat den Eindruck, dass sich in diesem Diskurs alle Teile der Gesellschaft wechselseitig in die Defensive versetzen. Das trägt dazu bei, dass sich die jeweils ins Feld geführte Identität zu einer Art Bastion verfestigt, zu einem allerdings im Grundtenor leidvollen Besitzstand, dem nicht nur Geltung verschafft werden soll, sondern den es auch gegen Übergriffe von unberufener Seite zu verteidigen gilt. Dadurch schlägt sie immer häufiger in eine konzertierte Gruppenaggression um – paradoxerweise gerade unter dem Aspekt der mit ihr verbundenen Leidenserfahrung.

3

Aus einer *defensiven* Selbstwahrnehmung, die sich darauf gründet, verletztlich, marginalisiert und mit ihren legitimen Ansprüchen zurückgewiesen zu sein, leitet sich so ein *offensiver* Partikularismus ab, der vor allem auf die Verletzung von Identitätsschranken mit gesteigerter Empfindlichkeit reagiert. Dies geht mit einer wachsenden Aversion gegenüber kulturellen Appropriationen einher (und seien es die früher in dekonstruktiven Kreisen so hochgeschätzten Maskeraden wie beim Karneval oder in der Satire), die an die grundsätzliche Frage rührt, wer überhaupt welche Rolle spielen, sich in wen hineinversetzen, wessen Anliegen vertreten und in wessen Namen sprechen darf.

In diesem Punkt kommen sich die politische und die ästhetische Problematik besonders nahe. Was die Politik anbelangt, so ist die Trennung der empirischen Person von der *persona* im Sinne einer öffentlichen Rolle oder Amtsfunktion eine Grundbedingung für die Entstehung unpersönlicher Institutionen. Sie reicht in die Zeiten der mittelalterlichen Zwei-Körper-Lehre zurück, die sich in der Neuzeit in die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat transformiert.¹² Analog geraten fundamentale Voraussetzungen ästhetischer Produktion unter Druck, wenn in Zweifel gezogen wird, dass sich eine Person A in eine Figur B hineinversetzen (*Imagination*) oder deren Rolle aufführen kann (*Theater*) und dass dabei gleichwohl der Abstand zwischen Akteur und Rolle gewahrt bleibt (*Autonomie der Fiktion*). Wenn es über die Legitimität dieser Differenz kein Einverständnis mehr gibt, wenn jede_r einzig sich selbst spielen beziehungsweise erzählen darf oder wenn die Darstellung eines Anderen auf die darstellende Person zurückfällt,

erst nachträglich, nach einer Latenzphase, reagiert und der ihr in der Folgezeit unverfügbar bleibt – der willentlichen Erinnerung und Symbolisierung entzogen, aber in der Buchstäblichkeit von *flashbacks* und Wiederholungsträumen terroristisch präsent –, eignet dem Trauma eine Struktur, an die sich die poststrukturalistische und dekonstruktive Kritik der Referenz, Repräsentation und Geschichte anbinden lässt. Diese Anbindung aber hat gravierende Konsequenzen, denn sie ermöglicht die Entgrenzung des Traumas – und das heißt am Ende unseres Jahrhunderts, die Entgrenzung des Holocaust – zum Paradigma der Geschichte schlechthin.“ (Inka Mülder-Bach, Einleitung. In: dies. (Hg.), *Modernität und Trauma. Beiträge zum Zeitbruch des Ersten Weltkrieges*, Wien 2000, S. 7-18, dort S. 10).

¹² Vgl. Ernst H. Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters*, München 1994. Zur weiteren Entfaltung der Metapher des politischen Körpers: Albrecht Koschorke / Thomas Frank / Susanne Lüdemann / Ethel Matala de Mazza / Thomas Frank, *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*. Frankfurt/M. 2007.

dann kann Kunst in letzter Konsequenz nur autodokumentarisch verfahren – und das heißt vielfach: in ihrer Selbstzentriertheit narzisstisch –, ohne sich noch auf das kostbare Gut einer Freiheit der Fiktion berufen zu dürfen.

Politisch wie ästhetisch stellt sich hier die Frage nach der Möglichkeit und den Grenzen von Repräsentation, verstanden als *differenzielle* Repräsentation, das heißt Darstellung beziehungsweise Sachwalterschaft des einen durch den anderen. Das lenkt den Blick zurück auf die Genese dieses Konzepts. Epochengeschichtlich betrachtet, scheint derzeit rückabgewickelt zu werden, was im 18. Jahrhundert als Errungenschaft galt: nämlich die Aufrichtung eines unpersönlichen, über dem Parteienkampf, über jeder Form von Subjektivierung stehenden und diese allererst bedingenden Allgemeinen, ob es nun „Tugend“, „Recht“ oder „Vernunft“ genannt wurde. Da dieses Allgemeine sich nicht aus sich selbst heraus geltend machen kann, ist es auf Funktionsträger angewiesen, die befugt sind, in seinem Namen zu agieren. So wurde eine symbolische Ordnung errichtet, die zwischen den *markierten* Positionen von Personen und Gruppen in ihrer jeweiligen empirischen Verstrickung einerseits, einer in dieser Hinsicht *unmarkierten*, gewissermaßen freischwebenden Norm und ihren Repräsentanten andererseits unterschied. Es waren Theoretiker_innen im Umkreis des Poststrukturalismus und des Postkolonialismus, die dieses Konzept einer Grundsatzkritik unterzogen. Sie haben einen kollektiven Lernprozess eingeleitet und ein verbreitetes Bewusstsein dafür geschaffen, dass die in den theoretischen Grundlegungen der europäischen Moderne aufgerichteten Normen weder unproblematisch noch tatsächlich freischwebend sind. Man weiß heute, dass das Allgemeine und Universelle, wie es seit der Aufklärung postuliert wurde, eurozentrisch, weiß und männlich war und diese verhehlte Markierung bis in die Gegenwart hinein aufrechterhält. Vollkommen zu Recht ist in den *gender* und *postcolonial studies* die Unterscheidung zwischen markierten und scheinbar unmarkierten Positionen dekonstruiert worden, so dass nun auch *whiteness* als Farbe und nicht als Null-Signifikant kenntlich ist. Das Folgeproblem, das sich dann aber auftut, bleibt aber ungelöst: Wie lässt sich eine symbolische Ordnung aufrichten und mit bindender Kraft ausstatten, wenn alle Positionen gleichermaßen partikularisiert sind?

Repräsentation in ihrem klassischen Verständnis nimmt zwei regulative Fiktionen in Anspruch. Die erste ist politisch-institutioneller Natur: Wer in die Rolle eines Repräsentanten eintritt, verlässt der Idee nach seinen lebensweltlichen Bezugsraum einschließlich seiner sozialen Markierung, streift alle kontingenten Merkmale ab und wird als Amtsinhaber, „Bürger“ oder noch stärker generalisiert als „Mensch“ und „Subjekt“ zu einem Statthalter beziehungsweise Vollzugsorgan des Allgemeinen – sei es der Vernunft, des Gesetzes, der Tugend oder anderer Ausdrucksformen einer normativen, das Soziale überwölbenden Ordnung.

Es ist indessen nicht allein die Teilhabe an einer förmlichen Norm, die das aus seinen empirischen Bezügen herausabstrahierte Subjekt zum Repräsentanten des sozialen Ganzen macht. Eine zweite, gewöhnlich weniger diskutierte Bedingung tritt hinzu. Denn dieses Subjekt kann nur deshalb stellvertretend für andere agieren, weil es von

Anbeginn als soziales Wesen und nicht als eine sich selbstgenügsam abschottende Monade konzipiert ist. Vielmehr wird es in den frühbürgerlichen Theorien von Adam Smith bis Rousseau zu einem mitempfindenden Wesen erklärt, das über Sympathie und Imaginationskraft verfügt und dadurch befähigt ist, sich in die Lage anderer hineinzuversetzen. Selbst ein so rationalistisches Postulat wie der Kantische kategorische Imperativ ist, ausgesprochen oder unausgesprochen, auf das Vermögen zur Empathie angewiesen.¹³ Die Ausbildung dieses Vermögens war der Kultur aufgetragen; es hatte seine Schule auf dem Theater und im Roman. Man kann insofern von einer Koevolution politischer und ästhetischer Repräsentationsweisen sprechen, die in ihrem Verbund den „Menschen“ konstituieren, auf den sich die bürgerliche Gesellschaft als ihren Träger bezieht.

Wenn solche Voraussetzungen nicht mehr ohne Weiteres gelten, wie soll dann politische Stellvertretung organisiert werden, ohne die es in komplexen Gesellschaften nicht geht? Wenn man das politische Feld wiederum in rechts und links unterteilt, ergeben sich in grober Vereinfachung zwei Optionen. Auf der rechten Seite des aktuellen Machtspektrums wird der allfällige Kampf um Güter und Anerkennung in eine Freund/Feind-Matrix eingelesen, die Idee eines allgemeinen Menschseins diskreditiert, Empathie der eigenen Wir-Gruppe vorbehalten. Was ihre politische Organisationsweise betrifft, praktizieren neoautoritäre Regime so etwas wie eine camouflierte Repräsentanz: vorzugsweise durch Gefolgschaftsmodelle, die eine unmittelbare Einheit zwischen dem Führer und seinen Anhängern vortäuschen, obwohl ihre faktische Distanz ähnlich groß oder größer ist als in erklärtermaßen repräsentativen Systemen. So wird Identifikation im Großen zum herrschenden Prinzip, und die sektiererischen Gefolgschaften, die das Strukturmerkmal identitätsbasierter Bewegungen sind, durchdringen früher oder später den gesamten Staatsapparat.

Im linken Spektrum läuft die Kritik des repräsentativen Systems demgegenüber auf Spielarten einer möglichst inklusiven Quotierung hinaus. Zweifellos stellt der Abbau von Benachteiligungen, der auf diesem Weg bewirkt werden soll, ein wünschenswertes Ziel dar. Allerdings bringt Quotierung als politisches Ordnungsverfahren eine Reihe kontraproduktiver Effekte mit sich. Sie ist erstens, wie schon erwähnt, politisch labiler als die Bündelung der „großen Interessen“ (Hegel¹⁴) in der Bevölkerung durch intermediäre Instanzen – seien dies nun Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder andere eine heterogene Klientel überspannende Institutionen. Zweitens verfestigt sie die akkreditierten Identitäten, indem sie aus diesen Identitäten *entitlements* macht, und ist dabei unvermeidlicherweise selektiv. In kleinerem Format kommt es dabei drittens zu ähnlichen Problemen in Hinsicht auf die Streitfrage, wer welche Gruppe auf legitime Weise

¹³ Vgl. Anna Wehofsits, Mitgefühl in Kants Ethik. Die Kultivierung emotionaler Dispositionen. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 65/5 (2017), S. 830-850.

¹⁴ G.W.F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. (= Hegel: Werke in 20 Bänden. Redaktion Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Band 7). Frankfurt/M. 1986, § 311, S. 480.

vertritt.¹⁵ Viertens läuft Partizipation durch Quotierung Gefahr, aus verhandelbaren Konflikten um Interessen unverhandelbare Konflikte um Identitäten zu machen – jedenfalls in dem Maß, in dem die Delegierten ihr Verhältnis zu der Gruppe, für die sie stehen, als ein *identifikatorisches* und *expressives* Verhältnis auffassen beziehungsweise unter entsprechendem Erwartungsdruck stehen. Und schließlich kann sie fünftens Fehlentwicklungen befördern, wenn bei der Auswahl von Delegierten nicht Qualifikation und Sachkompetenz, sondern Zugehörigkeit zur jeweiligen Gruppe das ausschlaggebende Kriterium sind.

Nicht zuletzt hat der Angriff auf die etablierte Repräsentationsordnung eine erinnerungspolitische Dimension. Wenn sich die Machtbalance verschiebt und neue beziehungsweise erstarkte Gruppen eine angemessene Beachtung ihrer Sichtweisen einfordern, setzt dies einen Umbau des kulturellen Gedächtnisses in Gang. Zu den genannten Kategorien, die unter Druck geraten – *Imagination*, *Theater* als Rollenspiel, *Autonomie der Fiktion* – ist also noch der *Kanon* hinzuzugesellen. Wieder sind hier die inhaltlichen Stoßrichtungen entgegengesetzt. Auf konservativer Seite hat die Verteidigung eines verbindlichen Bildungskanons, ursprünglich aus der aufklärerischen Idee eines universellen Kulturerbes der Menschheit abgeleitet¹⁶, in ihrer Frontstellung gegen den Multikulturalismus ihrerseits partikularistische, um nicht zu sagen chauvinistische Züge angenommen.¹⁷ Sie stellt sich immer offener in den Dienst einer retrospektiven Rettung beziehungsweise Wiederherstellung nationaler Herrlichkeit und weißer Mehrheitskultur. Das progressive Lager will genau deren Dominanz brechen. Es ist Erbe einer Protestbewegung, die im Zeichen von Pop & Postmoderne in den 1960er Jahren begann und in den sogenannten *canon wars* ihren ersten Höhepunkt fand. Ihr treibendes Motiv bestand in zwei zutiefst demokratischen Anliegen: der Entbürgerlichung des öffentlichen Lebens und der Schleifung der als elitistisch verdächtigten Bastionen der Hochkultur. Das eine hat die Krise des klassischen Modells politischer Repräsentation, das in soziologischer Hinsicht ein bürgerliches Modell war, in die Wege geleitet; das andere die Tradierung und institutionelle Pflege des hergebrachten Kanons an Ideen und Kunstwerken zum Schauplatz kulturpolitischer Auseinandersetzungen gemacht.

Anfangs wurde dieser Kampf vor allem unter marxistischen und feministischen Vorzeichen geführt und richtete sich darauf, den Kanon durch Ergänzung um vergessene,

¹⁵ Dadurch kann selbst die wohlmeinendste Bildung inklusiver Strukturen die Züge einer Burleske annehmen. Vgl. als paradigmatische *case study* Levent Tezcan, *Das muslimische Subjekt. Verfangen im Dialog der Deutschen Islam Konferenz*, Konstanz 2012.

¹⁶ So in Harold Bloomes berühmter und einflussreicher Studie *The Closing of the American Mind: How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students*, New York 1987.

¹⁷ In einem Artikel zum Wiederaufflammen der Canon Wars heißt es dazu polemisch: „The influence of this relativism on the Left is quite clear. It has nurtured the disastrous notion that a person's identity and tribal membership cards determine the ability of a reader to understand and respond to a text, undermining our shared humanity and our shared stake in the uniquely human property of reason. But the Right has not been immune, either. There too, logic and reason have been the chief victims, as the intellectual conservatism of yore has given way to an emotive traditionalist populism—identity politics marketed to a new chauvinistic audience.“ (Katie Kelaidis, *The Return of the Canon Wars*. In: *Quillette*, 26. April 2018, online unter <https://quillette.com/2018/04/26/return-canon-wars/>)

marginalisierte oder unterdrückte Künstler_innen zu reformieren. Die bald darauf einsetzende postkoloniale Kritik setzt noch grundsätzlicher an und läuft darauf hinaus, dem *Western canon* mit seiner Überrepräsentanz europäisch-humanistischer Traditionslinien überhaupt die Autorität abzuerkennen. Während die erste der beiden Herausforderungen von den zuständigen akademischen Disziplinen halbwegs erfolgreich absorbiert wurde, stellt die zweite den Fortbestand der *Humanities* in fundamentalerer Weise in Frage. Welche Konsequenzen hat es für die literarische Bildung, wenn Curricula sich nicht mehr an einem (behaupteten) Konsens über den weltliterarischen Rang der zu lesenden Werke, sondern an einer breit gestreuten Berücksichtigung marginalisierter Gruppen ausrichten?¹⁸ Was bedeutet es, wenn Bach und Beethoven keine Fixsterne am Musikhimmel mehr sind, sondern überrepräsentierte weiße europäische Männer?¹⁹ Oder wenn die Verurteilung der Sklaverei dazu führt, die gesamte antike und große Teile der europäischen Philosophie als wenn nicht manifest, so doch strukturell rassistisch zu diskreditieren?

4

Wer nach der historischen Reichweite der soeben beschriebenen Vorgänge fragt, ist gut beraten, optische Verzerrungen des Blicks auf die eigene Gegenwart einzuberechnen. Manches, was aus zu geringer Distanz als einzigartig erscheint, ist kaum mehr als ein wiederkehrendes Element in einer langwelligen historischen Bewegung. Gesellschaftliche Polarisierungen hat es immer wieder gegeben; sie gehen regelmäßig mit einer Verschärfung von Gruppengrenzen, einem Rückbau imaginativer Spielräume und einer moralisierenden Verengung der Sichtweisen einher. Auch Kanonpflege und Rekurs auf vorgeblich ewig gültige Werke und Werte sind, anders als sie vorgeben, in beständigem

¹⁸ Die Diskussion dieser Frage reicht Jahrzehnte zurück. 2007 wurde Tony Judt in der *New York Times* mit einer Polemik gegen die „balkanization created by interdisciplinary ethnic studies programs“ zitiert. „Multiculturalism ‚created lots and lots of microconstituencies, which universities didn’t have the courage to oppose,‘ he said. It’s much more like a supermarket — kids can take pretty much any courses they like: Jewish kids take Jewish studies, gay students gay studies, black students African-American studies. You no longer have a university, but a series of identity constituencies all studying themselves.“ (Rachel Donadio, *Revisiting the Canon Wars*. *New York Times*, <https://www.nytimes.com/2007/09/16/books/review/Donadio-t.html>, 16.9.2007).

¹⁹ Vgl. Christiane Wiesenfeldt, „Ist klassische Musik kolonialistisch?“ *FAZ am Mittwoch*, 27. April 2021, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/debatte-um-den-kanon-ist-klassische-musik-kolonialistisch-17314526.html>. Der Artikel berichtet von einer Art Zangenangriff auf den musikalischen Kanon europäischer Prägung. Auf der einen Seite wird die Pflege klassischer Musik Ziel einer rechts-populistischen Polemik gegen die Subventionierung des bürgerlichen Kulturbetriebs, auf der anderen Seite zieht sie eine linke, postkoloniale Kritik an der Dominanz weißer Europäer auf sich. Äußerungen zu Letzterem stammen etwa von einem Musikprofessor aus Oxford, der mitteilt, „künftig ‚less White European‘ unterrichten zu wollen“. Oder von dem Komponisten Nebal Maysaud, der die Feststellung „It’s time to let classical music die“ mit der Erwartung einer besseren Förderung für farbige Komponisten wie ihn verbindet. Daraus wird dann die Empfehlung des New Yorker Institute for Composer Diversity, „Konzerte künftig mit bis zu fünfundzwanzig Prozent Musik von weiblichen sowie Komponisten ‚from underrepresented racial, ethnic, or cultural heritages‘ zu besetzen.

Fluss. Leicht lassen sich historische Parallelen zu früheren Phasen beschleunigten kulturellen Wandels anführen, in denen kanonisierte Bestände ungültig oder relativiert wurden, während andererseits manche sozialen Umbrüche nur geringe Spuren im kulturellen Bestand hinterlassen.

Trotz dieses allgemeinen Vorbehalts spricht vieles dafür, dass sich derzeit tiefenstrukturelle Verschiebungen ereignen, die auf einen echten Epochenbruch hindeuten. Ihren Nahhorizont bilden, wie dargelegt, die Entwicklungen seit den 1960er/1970er Jahren. In ihren Konsequenzen aber reichen sie über die Ära von Pop, Postmoderne und Poststrukturalismus hinaus. Man kann in ihnen das bürgerliche Zeitalter enden sehen, das zugleich das Zeitalter der europäischen Hegemonie und des Kolonialismus war. In den heute beobachtbaren Positionskämpfen der Mittelschicht fällt der einstige Führungsanspruch des Bürgertums, so wäre nach dieser Lesart zu konstatieren, in vielfältige, zum Teil gegenläufige Fraktionierungen auseinander. Man könnte jedoch historisch noch weiter ausgreifen und die Denkfigur des Endes auf die Epoche des europäischen Humanismus, der die *Humanities* nicht nur dem Namen nach verbunden sind, als ganze beziehen.

Blickt man in die Geschichte der europäischen Kanonbildungen zurück, so findet sich in allen Ländern dasselbe Grundmuster. Ihren gemeinsamen Resonanzraum verdanken sie den ideellen Hinterlassenschaften der mediterranen Antike, die einesteils durch die Kirchen, andernteils durch die *res publica litteraria* in die Neuzeit überbracht wurden. Im Prozess der Ausbildung volkssprachlicher Kulturen wurde dieses Vermächtnis an die Gegebenheiten des jeweiligen Staatswesens angepasst. Fortan waren es die nationalen Eliten, die in der Nachfolge der Kleriker und lateinisch schreibenden Gelehrten als Träger des geistigen Erbes figurierten, das die Moderne mit der klassischen Antike verband. Kanonbildung wurde zur Sache einer auf die Homogenisierung der Bevölkerung abzielenden nationalen Kultur. Überhaupt entwickelten sich die Nationalstaaten zu den norm- und formstabilisierenden, Repräsentation sowohl im Feld Kultur wie der Politik sichernden Instanzen. Sie boten zugleich den Rahmen für die – soziologisch allerdings nur diffus zu verankernde – Meinungsführerschaft des Bürgertums.²⁰

Demgegenüber ist die aktuelle Situation durch drei Entwicklungen gekennzeichnet. Zum einen hat das europäische Modell seine Vorherrschaft eingebüßt; aufgrund der Besonderheit seiner Entstehungsbedingungen hätte es ohnehin nicht im Weltmaßstab repliziert werden können. Zum zweiten verliert der Nationalstaat seine rahmende und homogenisierende Kraft; so ist etwa der Europäischen Union attestiert worden, sich einem „neo-medieval empire“ nach Art des Alten Reiches, das heißt vor der Herausbildung des „Westphalian state“²¹, anzugleichen – wie im Mittelalter gekennzeichnet durch ein komplexes „system of overlapping authority and multiple loyalty“.²²

²⁰ Zu den Schwierigkeiten, Bürgertum und Bürgerlichkeit definatorisch zu fixieren und sozialgeschichtlich klar abzugrenzen, vgl. Manfred Hettling, Bürger, Bürgertum, Bürgerlichkeit. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 08.06.2016, online unter [http://docupedia.de/zg/Bürger_\(english_version\)_Version_1_Manfred_Hettling](http://docupedia.de/zg/Bürger_(english_version)_Version_1_Manfred_Hettling).

²¹ Jan Zielonka, *Europe as empire. The Nature of the Enlarged European Union*. Oxford 2006, passim.

²² Bull. In: Zielonka, ebd., S. 162.

Drittens schließlich sind die global gewachsenen Mittelschichten, sofern man sie noch als tonangebend ansprechen kann, in ihrer kulturellen Orientierung zwischen gegenstrebigen Bezugssystemen zerrissen: Einesteils suchen sie Schutz bei der territorialen Hoheit des Staates, der diese Leistung indes nicht mehr zufriedenstellend erbringt; anderenteils investieren sie in Formen deterritorialer Vergemeinschaftung, deren Inklusionswirkung weder normativ abgesichert noch allgemein anerkannt ist. Und während das Integrationsmodell von Nationalstaaten den affektpolitischen Vorteil bot, feindselige Regungen nach außen ableiten zu können, kehrt dieses Außen unter den Vorzeichen fragmentierter globaler Teilzugehörigkeiten sozusagen ins Innere der Gesellschaft zurück. Ganz im Sinne der Dekonstruktion ist die globalisierte Welt in eine Phase der Entregelung, des Dazwischen, des Nicht-mehr und gleichzeitig Noch-nicht eingetreten. Es kennzeichnet solche Phasen – das verleiht konstruktivistischen Theorien aktuell ihre zeitdiagnostische Kraft –, dass sie die Tatsache der Konstruiertheit ihrer Normen und Integrationspostulate nicht mehr latent halten können. Infolgedessen ziehen sich die konkurrierenden Gruppen trotz ihres Wunsches nach verallgemeinerter Geltung auf Selbstbeglaubigungen unter ihresgleichen zurück. Das macht ihre Ansprüche wechselseitig inkompatibel und bedeutet zugleich, dass sie unverhüllter an die Machtfrage rühren. Die Positionskämpfe innerhalb der Mittelschichten stellen dafür den augenfälligsten Schauplatz dar.

5

Wie ist mit dieser Situation umzugehen? In den USA werden die Stimmen lauter, die nach Jahrzehnten multikultureller Relativierung für einen neuen Universalismus im liberalen Geiste plädieren.²³ Allenthalben wird hier wie andernorts die Wiederherstellung von Verbindlichkeit eingefordert, sei es durch Appelle an den Verfassungspatriotismus²⁴, an westliche Werte, humanitäre Ideale oder an die Ergänzung der Menschenrechte um Menschenpflichten.²⁵

Indessen verliert die poststrukturalistische Kritik am hegemonialen Charakter generalisierter Normen nicht einfach deshalb ihre Gültigkeit, weil sie ein gesellschaftliches Regelungsproblem nach sich zieht. Ebensowenig kann andererseits das Problem der

²³ Vgl. John Halpin, The Rise of the Neo-Universalists. Why America needs a vision of citizenship based on equal dignity and rights for all people. In: *The Liberal Patriot*, <https://theliberalpatriot.substack.com/p/the-rise-of-the-neo-universalists>, 16. März 2021; Thomas B. Edsall, Democrats Can't Just Give the People What They Want. In: *New York Times*, Oct. 13, 2021, online <https://www.nytimes.com/2021/10/13/opinion/david-shor-biden-democrats.html>.

²⁴ Eine Position, die bei Verfassungsjuristen selbst auf Skepsis stößt. Vgl. Daniel Thym, Verfassungspatriotismus in der Einwanderungsgesellschaft. Über die gesellschaftliche Breitenwirkung des Verfassungsrechts und kulturelle Parteinahme unter dem Grundgesetz. In: *Archiv des öffentlichen Rechts (AöR)*, Jahrgang 145 (2020) / Heft 1, S. 40-74.

²⁵ Aleida Assmann, *Menschenrechte und Menschenpflichten. Schlüsselbegriffe für eine humane Gesellschaft*. Wien 2018.

Repräsentation dadurch gelöst werden, dass man auf jede Art von institutioneller Stellvertretung über sozialräumliche Grenzen hinweg verzichtet. Man wird infolgedessen nach Modellen eines selbstreflexiven Für-Andere-Einstehens Ausschau halten müssen, das die Relativität der eigenen begrenzten Position mitbedenkt und dennoch den Anspruch einer normativen Geltung über den eigenen Gesichtskreis hinaus nicht aufgibt. Rein logisch betrachtet, scheint das eine Quadratur des Kreises zu sein. In der kommunikativen Praxis von Gesellschaften aber sind Inkohärenzen dieser Art unumgänglich und nicht selten produktiv. Sie führen in dem hier vorliegenden Fall zweifellos zu einer schwächeren, vorläufigeren, fragileren und umkämpften, in jedem Fall weniger machtbewehrten Normativität als in den Zeiten eines unangefochtenen Verbundes aus Patriarchalismus, Nationalismus und Eurozentrismus. Gerade in dieser gewissermaßen schon dekonstruierten Verfasstheit aber könnte der Appell an das normativ Verbindende aus den Ressourcen poststrukturalistischer Theorien schöpfen, die recht verstanden dazu anleiten, Differenz nicht als Barriere, sondern als Strukturprinzip gesellschaftlicher Zeichenordnungen aufzufassen. Eine vielleicht noch weiter führende Möglichkeit würde darin bestehen, bestehende Ansätze zu einer Theorie und Ethik der *Ähnlichkeit* auszubauen – gegründet auf die Gewissheit des Ähnlichseins auch zwischen den unterschiedlichsten Menschen, die eine Haltung der *indifference to difference* (Anil Bhatti²⁶) lebbar macht.

Mit etwas Optimismus lässt sich mutmaßen, dass die jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungen solche Tendenzen auf dem Feld der Theorie bestärken. Während der Zuwachs an wechselseitigen globalen Abhängigkeiten zunächst als verunsichernde Auflösung der modernen Staatsordnung erfahren wurde, zeichnet sich in der Zwischenzeit deutlicher ab, dass er zugleich einer Verdichtung weltweiter Solidaritäten den Weg bereitet. Es besteht Grund zur Hoffnung, dass Klimawandel, Ökozid und all die anderen globalen Herausforderungen unserer Tage der Menschheit zu einem vertieften Gattungsbewusstsein verhelfen. Der Kampf um Gruppenvorrechte oder die Verteidigung einer besonderen kulturellen Identität tritt dann zurück hinter einem noch weit elementareren Recht: dem Recht auf Überleben.

²⁶ Diese prägnante Formel wurde von Anil Bhatti auf einem Konstanzer Workshop zum Thema Ähnlichkeit im Februar 2011 eingeführt. – Vgl. Anil Bhatti u. a., Ähnlichkeit. Ein kulturtheoretisches Paradigma. In: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur (IASL)*, 36 (2011), S. 233-247. – Albrecht Koschorke, Ähnlichkeit. Valenzen eines post-postkolonialen Konzepts. In: Anil Bhatti / Dorothee Kimmich (Hg.), *Ähnlichkeit. Ein kulturtheoretisches Paradigma*. Konstanz 2015. S. 35-45.



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

IDENTITÄT, VULNERABILITÄT & RESSENTIMENT POSITIONSKÄMPFE IN DEN MITTELSCHICHTEN

FGZ Working Paper Nr. 1

Autor

Prof. Dr. Albrecht Koschorke
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Teilinstitut Konstanz
E-Mail: albrecht.koschorke@uni-konstanz.de

Redaktion

Dr. Taylan Yildiz
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Forschungscoordination
Goethe-Universität Frankfurt | 60629 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 798 31468 | E-Mail: t.yildiz@em.uni-frankfurt.de

www.fgz-risc.de/publikationen



Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons CC-BY-NC-SA 4.0 Namensnennung – keine kommerzielle Nutzung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International veröffentlicht. Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-NC-ND finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>